

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 82/2013

Sitzung vom 3. Juli 2013

786. Postulat (Verzicht auf Mitgliedschaft bei Economiesuisse)

Kantonsrätin Mattea Meyer, Winterthur, sowie die Kantonsräte Res Marti, Zürich, und Andreas Daurù, Winterthur, haben am 11. März 2013 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird gebeten, die Mitgliedschaft der Volkswirtschaftsdirektion bei der Economiesuisse aufzugeben.

Begründung:

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich ist als einzige Volkswirtschaftsdirektion der Schweiz seit 2006 Mitglied bei Economiesuisse. Gegen eine Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen durch die Direktion oder Ämter des Kantons Zürich ist prinzipiell nichts einzuwenden. Während bei einigen Vereinen Mitgliedszwang für den Kanton im Zusammenhang mit einer öffentlichen Aufgabe besteht, basieren andere Mitgliedschaften auf Freiwilligkeit. Die Mitgliedschaft bei Economiesuisse begründet die Volkswirtschaftsdirektion damit, dass sie, wie Economiesuisse auch, gute Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen wolle und durch die Mitgliedschaft näher bei den Arbeitgebenden und mit ihnen vernetzt sei.

Die Economiesuisse ist ein Dachverband von Handelskammern, hundert Branchenverbänden und einzelnen Unternehmen. Der Verband beteiligt sich aktiv und finanzkräftig in Abstimmungskampagnen und tritt vermehrt auch als wichtiger politischer Akteur auf. Der Wirtschaftsverband positioniert sich nicht nur klar in politischen Anliegen, sondern versucht, auch Einfluss auf politische Entscheidungsfindungen in Abstimmungskämpfen oder Parlamenten zu nehmen.

Trotz des angesichts der Finanzkraft geringen Mitgliederbeitrags von 1000 Franken ist es problematisch, wenn die Volkswirtschaftsdirektion als öffentliche Institution Mitglied bei Economiesuisse ist. Durch die freiwillige Mitgliedschaft bekennt sich die Volkswirtschaftsdirektion zu der klaren Positionierung von Economiesuisse und gefährdet damit ihre Unabhängigkeit und Wahrnehmung. Die Volkswirtschaftsdirektion soll ihre Aufgabe, für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende zu sorgen, ohne Mitgliedschaft bei Economiesuisse wahrnehmen.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Mattea Meyer, Winterthur, Res Marti, Zürich, und Andreas Daurù, Winterthur, wird wie folgt Stellung genommen:

Es gehört zu den Aufgaben des Kantons Zürich, gute Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsplatz Zürich zu schaffen. Die Volkswirtschaftsdirektion hat unter anderem den Auftrag, für die Pflege, Stärkung und Vermarktung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich zu sorgen (vgl. Anhang I zur Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007 lit. D Ziff. 5 [VOG RR; LS 172.11]). Zu einem starken Wirtschaftsplatz Zürich gehören genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze. Arbeitsplätze werden bei Unternehmen und den öffentlichen Institutionen geschaffen. Es ist deshalb wichtig, dass die Volkswirtschaftsdirektion mit ihren Dienstleistungen, u. a. in den Bereichen Arbeitsmarkt und Standortförderung, direkt an die Unternehmen gelangen kann und dass ein reger Austausch mit den Unternehmen stattfindet. So werden z. B. im Rahmen von Arbeitgeberanlässen des kantonalen Amts für Wirtschaft und Arbeit Schnittstellen geschaffen und der Austausch mit bzw. zwischen Arbeitgebenden gefördert. Auch Unternehmensbesuche, Cluster-Anlässe und andere Plattformen für den Meinungsaustausch fördern den Kontakt zur Wirtschaft. Ergänzend dazu bietet die Mitgliedschaft bei Economiesuisse als Dachverband von 20 kantonalen Handelskammern, 100 Branchenverbänden und einzelnen Unternehmen eine Plattform für den Austausch mit Unternehmen und Arbeitgebenden. Immerhin vertritt Economiesuisse 100 000 Schweizer Unternehmen aus allen Branchen mit 2 Millionen Arbeitsplätzen in der ganzen Schweiz.

Sodann liefert Economiesuisse gute und fundierte wissenschaftliche Daten und Studien zu zeitgemässen wirtschaftlichen Themen. Diese Daten und Studien werden dem Kanton aufgrund seiner Mitgliedschaft bei Economiesuisse zur Verfügung gestellt. Dabei ist aber darauf hinzuweisen, dass keine Verpflichtung besteht, die von Economiesuisse zur Verfügung gestellten Daten zu nützen, es steht der Volkswirtschaftsdirektion jeweils frei, eigene Studien und Abklärungen in Auftrag zu geben, wenn dazu Anlass besteht. Die Unabhängigkeit des Kantons ist durch die Mitgliedschaft bei Economiesuisse somit nicht gefährdet. Der Aufwand für die Pflege der Mitgliedschaft und die finanzielle Belastung sind gering.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 82/2013 nicht zu überweisen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi